

## Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 006-2015  
Vorstossart: Interpellation  
Richtlinienmotion: ☐  
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.51

Eingereicht am: 16.01.2015

Fraktionsvorstoss: Nein  
Kommissionsvorstoss: Nein  
Eingereicht von: Graber (La Neuveville, SVP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein  
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom  
Direktion: Volkswirtschaftsdirektion  
Klassifizierung: Nicht klassifiziert  
Antrag Regierungsrat:



### Aufgabe der Euro-Franken-Untergrenze durch die Nationalbank

---

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat am 15. Januar 2015 beschlossen, die Stützung der Euro-Franken-Untergrenze durch massive und wiederholte Euro-Käufe aufzugeben. Dieser Entschluss hat zu einer Aufwertung des Schweizer Frankens gegenüber dem Euro, aber auch gegenüber anderen Währungen wie dem US-Dollar, geführt. Ein Euro kostet nun einen Franken (Stand am 16. Januar 2015), während der Wechselkurs seit dem 6. September 2011 stets bei rund CHF 1.20 lag. Um die Aufwertung des Schweizer Frankens zu mildern, hat die SNB zudem beschlossen, den Zins der Bankguthaben auf den Girokonten auf -0,75 Prozent zu reduzieren. Diese Massnahme scheint den Höhenflug des Schweizer Frankens aber derzeit nicht zu bremsen.

Der Beschluss der SNB, den Euromindestkurs aufzugeben, wird sehr negative Folgen auf die Exportindustrie und den Tourismus haben. Der Zerfall der schweizerischen Aktienkurse wird ausserdem zu einer Zeit der Ungewissheit und zu einem Pessimismus führen, die der Schweizer Wirtschaft stark schaden werden. Das Zusammenfallen dieser beiden schädlichen Auswirkungen könnte zum Wegfall Tausender Arbeitsstellen und somit zu einer massiven Erhöhung der Ar-

beitslosigkeit führen. Wir müssen ebenfalls mit einer Rezession oder bestenfalls mit einem sehr schwachen Wachstum rechnen. Auch die Steuereinnahmen könnten zurückgehen.

Der Kanton Bern könnte vom SNB-Entscheid besonders stark betroffen sein, da die Exportwirtschaft und der Tourismus hier einen wesentlichen Teil des kantonalen BIP darstellen.

Es ist aber offensichtlich unmöglich, die genauen Folgen und die Tragweite des SNB-Entscheids vorauszusehen.

Der Regierungsrat wird um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welches sind aus seiner Sicht die absehbaren Folgen des erstarkten Frankens auf die Berner Wirtschaft?
2. Welches sind aus seiner Sicht die mutmasslichen Folgen des erstarkten Frankens auf die Kantonsfinanzen?
3. Wird der Regierungsrat beim Bund und bei anderen Kantonen vorstellig werden, um gemeinsame Massnahmen zu diskutieren, die die schädlichen Folgen der Frankenaufwertung auf die Wirtschaft mildern können?
4. Hat der Regierungsrat die Absicht, in seinem Zuständigkeitsbereich Massnahmen zu ergreifen, um die Berner Wirtschaft in diesen für sie und für einen grossen Teil der Bevölkerung schwierigen Zeiten zu unterstützen?